Die Familienunternehmer

Die Familienunternehmer – ehemals „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer“ (ASU) – bezeichnet sich als politische Interessenvertretung der deutschen Familienunternehmen. Teil der Familienunternehmer ist auch die Gruppierung "Die Jungen Unternehmer".

Die Familienunternehmer stehen eigenen Angaben nach für Freiheit, Eigentum, Wettbewerb sowie Verantwortung und sehen sich selbst als "die Melkkühe der Nation"[1].

Der Politik und der Öffentlichkeit soll ein positives Unternehmerbild sowie die Maxime „Mehr Markt, weniger Staat“ vermittelt werden. Konkrete Kampagnen richten sich u.a. gegen Eingriffe in das Privateigentum (z.B. bei den politischen Debatten um Vermögens- und Erbschaftsteuern) oder Regularien, die Unternehmen zu mehr Transparenz und Sorgfalt verpflichten (z.B. bei den politischen Debatten um das Transparenzregister und das Lieferkettengesetz).

Der Verein hatte am 24.05.2024 6.600 Mitglieder und hat im Jahr 2023 bis zu zwei Millionen Euro und in 2021 über drei Millionen Euro für Lobbyarbeit ausgegeben.[2][3]

Die Familienunternehmer	
Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Politische Interessenvertretung der deutschen Familienunternehmer
Gründungsdatum	1949
Hauptsitz	Berlin, Charlottenstraße 24
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	familienunternehmer.eu

Nur Unternehmen, die mehr als 1.000.000 Euro Umsatz erwirtschaften und mindestens 10 Mitarbeiter:innen beschäftigen, können Mitglied im Verein werden.[4] Von knapp 2,5 Millionen Kleinst-, kleinen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland im Jahr 2020 waren demnach nur ca. 400.000, also 16% überhaupt berechtigt, einen Mitgliedsantrag zu stellen.[5]

Inhaltsverzeichnis

1 Fallbeispiele und Kritik 2
1.1 Kampagne gegen Vermögen- und Erbschaftsteuer zur Bundestagswahl 2025 2
1.2 Lobbying gegen das Lieferkettengesetz 2
1.3 Lobbying gegen das Transparenzregister 3
1.4 Lobbying gegen die Erbschaftssteuer 4
1.5 Lobbying gegen die Vermögensteuer 4
1.6 Lobbying gegen die Klimapolitik der Bundesregierung 5
1.7 Kritik am aggressiven Auftreten 5
2 Positionen 5
3 Verhältnis zur AfD 6
4 Lobbyausgaben und]Lobbyisten 6
5 Organisationsstruktur und Personal 7
5.1 Geschäftsführung 7

5.2 Präsidium 7
5.3 Kommission Ordnungspolitik und Ordnungspolitischer Preis 7
5.4 Strategischer Beirat 8
6 Kooperationen 9
6.1 Jenaer Allianz 9
6.2 European Family Businesses 9
6.3 Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen 9
6.4 Austauschrunde Steuern 9
7 Zitate 9
8 Weiterführende Informationen 9
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 10
10 Einzelnachweise 10

Fallbeispiele und Kritik

Kampagne gegen Vermögen- und Erbschaftsteuer zur Bundestagswahl 2025

Die Familienunternehmer, die Familienbetriebe Land und Forst e.V. sowie der Verband der deutschen Rauchtabakindustrie (VDR) organisierten zu den Bundestagswahlen 2025 eine Kampagne DANKE.ABER WIR KOMMEN HIER OHN NEUE STEUERN ZURECHT, in der die Vermögen- und Erbschaftsteuer abgelehnt wird. Dort heißt es: „Betrifft Dich nicht? Reich sind immer die anderen? Du hast eh keine Millionen auf dem Konto?"

Die Vermögen- und Erbschaftsteuer treffen laut Kampagne jedoch angeblich auch „Onkel Georg, der sein hart erarbeitetes Geld eigentlich für die Ausbildung seiner Nichte zurücklegen wollte“ und „Oma Hildegard, die ihr geliebtes Reihenhaus mit mühevoll gepflegtem Garten eigentlich an ihre Enkel vererben wollte“. Als „Reminder“ wird gezeigt: „Eine Vermögensteuer betrifft nicht nur Millionäre, sondern auch DICH“.

Mit diesen nicht überprüfbaren - weil faktenfreien - Aussagen wird versucht, bei Menschen mit geringem Vermögen Ängste vor den Auswirkungen der genannten Steuern zu schüren. Außerdem wird von den Steuerprivilegien der „Superreichen" abgelenkt. Diese sind das Thema eines Background-Checks des ZDF Steuerparadies Deutschland? So viel kosten uns die Reichen. Die Familienunternehmen haben den Background-Check in einem Offenen Brief kritisiert. Das You-Tube-Video verbreite viele Falschinformationen und schräge Darstellungen. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit behauptet in einem Offenen Brief an die Lobby des großen Geldes, der Offene Brief der Familienunternehmer sei selbst voller Fehler und falscher Vorwürfe und verweist auf sein eigenes Hintergrundpapier Wie wird Reichtum in Deutschland besteuert? 18.04.2024. Die Begünstigung von Reichen bei der Erbschaftsteuer ist auch Gegenstand eines Berichts in der Süddeutschen Zeitung.[6]

Lobbying gegen das Lieferkettengesetz

Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.

Die Familienunternehmer hatten sich mehrfach mit deutlicher Rhetorik gegen ein deutsches und europäisches Lieferkettengesetz ausgesprochen und auch ihre Befürworter scharf kritisiert. Dabei fordert der Verband immer wieder Belastungsmoratorien - also eine Aufschiebung des Gesetzes. (Mehr zu dem Aspekt, wie die Forderung des Belastungmoratoriums durch Unternehmen verwendet wurde um konkrete Politik zu beeinflussen, findet sich in diesem Beitrag von LobbyControl)

Bereits das Inkrafttreten der CSRD-Richtlinie zu Berichterstattungspflichten für Unternehmen bezeichneten die Familienunternehmer als *„Wahnsinn“* und forderten ein *„Regulierungs-Moratorium – jetzt!“*.[7] Auch aufgrund der angespannten Energiesituation 2022 hatten Unternehmensverbände ein Belastungsmoratorium von der deutschen Bundesregierung gefordert. Die Bundesumweltministerin Lemke beschloss damals jedoch am Lieferkettengesetz festzuhalten und wurde dafür von den Familienunternehmern scharf kritisiert. Lemke wurde für ihr Beharren auf einem bereits beschlossenen Gesetz vorgeworfen *„ignorant“* zu handeln *„Öl ins Feuer“* zu gießen und gar den Mittelstand existenzbedrohend zu gefährden.[8]

Rufe nach einem Belastungsmoratorium gab es von Seiten der Unternehmen auch bereits zu Beginn der COVID-19 Pandemie. So beteiligten sich die Familienunternehmer an einer INSM-Kampagne die am 8. Juni 2021 in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen war. Dort heißt es, das Gesetz führe zu *„überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort“*. [9]Führende Ökonomen widersprachen derartigen Aussagen.[10]Der Wirtschaftsweise Achim Truger bemerkte, dass *„eventuelle nachteilige Effekte so klein sein [würden], dass sie quantitativ im statistischen Rauschen untergehen.“* [11]

Lobbying gegen das Transparenzregister

Als Reaktion auf die Veröffentlichung der Panama-Papers ist 2017 ein Transparenzregister eingeführt worden, aus dem sich Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen ersehen lassen.[12] So wird nach Auffassung des Bundesfinanzministeriums die Transparenz erhöht und der Missbrauch von Gesellschaften und Trusts zu Zwecken der Geldwäsche, ihrer Vortaten wie Steuerbetrug und Terrorismusfinanzierung erschwert. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung sollte sich nach dem Gesetzentwurf von Ende 2016 jeder informieren können, wem eine Firma gehört.[13] Daraufhin hätten die Arbeitgeberverbände vorgetragen, der öffentliche Zugang sei unverhältnismäßig und trage nicht zur Geldwäschebekämpfung bei. Der Verband der Familienunternehmer sei noch weitergegangen: Nicht einmal Journalisten oder Nichtregierungsorganisationen sollten Zugang zu dem Register erhalten. Dabei seien es in der Vergangenheit vor allem deren Recherchen, die Korruptions- und Geldwäscheskandale aufdeckten. In einem an das Bundesfinanzministerium gerichteten Schreiben vom 3. Januar 2017 habe der Verband sogar behauptet, durch den öffentlichen Einblick steige die Gefahr für Leib und Leben von Familienunternehmern und ihren Angehörigen. Der Verband habe diese Behauptung allerdings nicht belegen können und eingeräumt, es handle sich vor allem um ein Gefühl seiner Mitglieder. Gleichwohl habe daraufhin eine Mitarbeiterin des damaligen Staatssekretärs Michael Meister (CDU) nach Rücksprache mit Minister Schäuble unter Bezugnahme auf die Argumente des Verbandes die Anweisung erteilt, „in der Kabinettsvorlage einen öffentlichen Zugang zum Transparenzregister nicht vorzusehen“.

Die letztlich beschlossene gesetzliche Regelung enthält laut Süddeutscher Zeitung eine Vielzahl von Einschränkungen: Nur Personen und Organisationen mit "berechtigtem Interesse" können Einblick erhalten. Aber nur in Registereinträge, für die sie ihr Interesse jeweils einzeln nachweisen müssen. Auch Journalisten müssten dem Bundesanzeiger - einem Privatunternehmen - erklären, warum sie wissen wollen, wer hinter einer Firma steckt. Nur wenn ein begründeter Verdacht auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung bestehe, bekomme man die Auskunft. Die EU habe inzwischen beschlossen, dass das Transparenzregister ab 2020 öffentlich zugänglich sein müsse.

Lobbying gegen die Erbschaftssteuer

Der Verband, der sich gemeinsam mit der Stiftung Familienunternehmen regelmäßig gegen eine stärkere Besteuerung von Reichtum einsetzt, wertete die Reform der Erbschaftssteuer 2008 als großen Lobbyerfolg.[14] Die Reform sah u.a. vor, betriebliches Erbe von der Erbschaftssteuer weitgehend auszunehmen. Das Bundesverfassungsgericht indes beurteilte die Bevorteilung der Familienunternehmen 2014 als teilweise grundgesetzwidrig.[15] Bis zum 30. Juni 2016 hätte die Regierung eine neue Regelung vorlegen müssen. Gegen die geplanten minimalen Korrekturen liefen die Die Familienunternehmer - ASU und die Stiftung Familienunternehmen Sturm, worauf Bundesfinanzmininster Schäuble den Regierungsentwurf im September 2015 wieder entschärfte.[16] Die endgültige Neuregelung ist erst am 9. November 2016 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und gilt rückwirkend ab dem 1. Juli 2016.

Lobbying gegen die Vermögensteuer

Gegen die von den „Grünen“ im Bundestagswahlkampf 2013 erhobene Forderung nach Wiedereinführung einer Vermögensteuer organisierte der Hauptgeschäftsführer Albrecht von der Hagen eine Kampagne, deren Adressaten nicht nur alle Direktkandidaten in den Wahlkreisen waren, sondern auch sämtliche Sportvereine und Kulturinstitutionen wie Theater oder Musikschulen.[17] Letzteren wurde als Konsequenz der Vermögensteuer eine mangelnde Spendenfähigkeit vorgegaukelt, was von der Hagen im Interview mit dem manager magazin wie folgt umschreibt: „Wir haben Ihnen erklärt, was es für sie bedeutet, wenn eine Vermögensteuer den Familienunternehmen die Substanz raubt und dann nichts mehr für Spenden bleibt. Das hat gezündet“.

Die Kampagne ist 2021 fortgeführt und erweitert worden[18] So trat der Verband der Familienunternehmer im Wahlkampf 2021 an die Öffentlichkeit, um Stimmung für seine politische Hauptforderung zu machen: die Verhinderung der Vermögenssteuer. Dazu gehören nach Einschätzung von LobbyControl irreführende Aussagen und manipulative Umfragen. Der Verband ist Teil der Bündnis-Kampagne Vermögenssteuer trifft alle, die gemeinsam mit dem Bund der Steuerzahler und dem Verband Familienbetriebe Land und Forst organisiert wird. Unterstützt wird die Kampagne von weiteren Verbänden wie Deutsche Stiftung Eigentum, Haus und Grund, Bundesverband deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften, Gesamtmetall, Verband der Rauchtabakindustrie, dem Zentralen Immobilienausschuss sowie der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft für Wirtschaft und Wissenschaft.

Während des Bundestagswahlkampfes 2021 drohte der Verband in einer Zeitungsanzeige, dass nach Einführung der Vermögenssteuer regionale Vereine nicht länger finanziell unterstützt würden. Das regionale Vereinsleben werde geschädigt, so der Verband.[19]

Aus einer Recherche der NGO Abgeordnetenwatch von 2023 geht hervor, dass die "Familienunternehmer" im Bundestagswahlkampf 2021 eine Kampagne geplant hätten, die eine Umbenennung der Vermögenssteuer "in 'Mittelstands- ' oder 'Exportnationssteuer'" zum Ziel gehabt habe.[20]

Lobbying gegen die Klimapolitik der Bundesregierung

Nach der Recherche der NGO Abgeordnetenwatch wirbt der Verband in der Klimapolitik dafür, dass alles so bleibt, wie es ist.[21] Pläne der Regierung, Industrie und Wirtschaft zu weniger Emissionen zu verhelfen, würden als “Planwirtschaft” kritisiert. Die Zuschüsse für den Einsatz CO2-armer Technologien seien für Vereinspräsident Worleé gar “planwirtschaftliche Klientelpolitik à la UdSSR.” In einem internen Papier heiße es, “dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Klimapolitik dazu führt, dass sich die Parteien mit immer ambitionierten Zielsetzungen gegenseitig übertrumpfen”. Konsequenz für den Verband seien: “Umso mehr komme es darauf an, eine überschießende Energiepolitik als Kostentreiber zu brandmarken.” Laut eines Protokolls habe der Verband in Fragen der Energiepolitik “meinungsbildend sowohl auf die FDP als auch auf die Mittelstandsvereinigung der CDU” gewirkt.

In den Vorschägen zur Energiekrisen-Bewältigung 2022 wird unter Punkt 2. ausgeführt: „Die ideologischen Scheuklappen müssen abgelegt werden. Die Beschränkungen und Einschränkungen für den Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken und deren Reaktivierung aus der Reserve sind auf unseren Druck hin bereits teilweise gefallen. Die Gesetzgebung für die Atomkraft muss einen Weiterbetrieb von mindestens drei – besser: sechs – Atomkraftwerken ermöglichen, solange die Gasversorgung angespannt ist." Solar- und Windkraft werden hingegen nicht einmal benannt.

Kritik am aggressiven Auftreten

2023 kritisierte die NGO Abgeordnetenwatch die "forsche Rhetorik" des Verbandes.

Die Anhebung des Spitzensteuersatzes für Großverdiener nennen “Familienunternehmer” demnach "eine fiskale Sterbehilfe". Dass unterschiedliche Gehälter von Männern und Frauen nicht mehr mit persönlichem Verhandlungsgeschick begründet werden dürfen, sei in der Rhetorik der Familienunternehmer ein “scharfer Eingriff in die Vertragsfreiheit”. "Eine Nebelkerze" nannte der Verband demnach Pläne, Wohlstand künftig mit erweiterten Kriterien zu messen, etwa mit sauberem Wasser.[22]

Im gleichen Artikel zitierte Abgeordnetenwatch den Bundestagsabgeordneten Anton Hofreiter: "Er sagt über die “Familienunternehmer”, sie gingen teilweise “aggressiver vor als die Waffen- und Chemieindustrie”. Ihre Haltung sei oftmals: “Die Politik muss den Unternehmen dankbar sein, weil sie ja Jobs schaffen.”"

Positionen

Die Familienunternehmer fordern u. a., den Solidaritätszuschlages zu senken [23], den Mindestlohn abzuschaffen, keine Vermögenssteuer einzuführen, die Erbschaftssteuer niedrig zu lassen und Werkverträge nicht zu kontrollieren.[24] Im Gegensatz zum Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) kritisierte der Verein die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung, wollte Griechenland aus dem Euro haben und befürchtete immer höhere Finanzlasten für Deutschland.[25][26]

Einige Repräsentanten des Vereins bezweifeln den menschengemachten Klimawandel oder stellen zumindest den Sinn der meisten Klimaschutzmaßnahmen in Frage. Ein selbsternannter "Klimaskeptiker" ist der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler, der im Strategischen Beirat des Vereins sitzt. Die Thesen des Vizepräsidenten Patrick Adenauer, Kanzlerenkel und Präsidiumsmitglied des Wirtschaftsrat der CDU, legen nach Auffassung des „Kölner Express“ den Verdacht nahe, dass er in die Kategorie „Klimaleugner“ fällt.[27]

Verhältnis zur AfD

Der Verein hatte ursprünglich für die eurokritischen und neoliberalen Positionen der AfD großes Verständnis.[28] Mitglieder und Repräsentanten der Familienunternehmer hatten sich bereits vor der Gründung der AfD mit Professoren getroffen, die die Gründung einer neuen Partei in Erwägung zogen. Zum Teil handelte es sich um vertrauliche Kontakte; zum Teil wurde über die gemeinsamen Diskussionen in der Internetzeitung FreieWelt.net berichtet, die die AfD publizistisch unterstützt.[29]Peer-Robin Paulus, Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Familienunternehmer, vertrat auf dem Forum Freiheit 2013 die Auffassung: "Wer eine gute CDU will, muss die AfD wählen".[30] Zu seinem Bundeskongress am 8./9. Mai 2014 hat der Verein den AfD-Parteivorsitzenden Bernd Lucke eingeladen, um eine Stunde über den Euro und die Zukunft Europas zu referieren.[31] Laut Hauptgeschäftsführer Albrecht von der Hagen möchte der Verband mit der Einladung zeigen, wie unzufrieden er mit der jetzigen Bundesregierung ist. Auch wenn die AfD mit populistischen Thesen gegen Zuwanderung und den freien Handel zu punkten versuche, schrecke dies die Familienunternehmer nicht, das Gespräch zu suchen. Ein Analysepapiers vom April 2024 mit dem Titel „Die wirtschaftsfeindliche Politik der AfD“ kommt zu dem Schluss: „Die AfD gibt sich gern als Schutzmacht des deutschen Mittelstands, doch diese Analyse zeigt, dass die Wirtschaftspolitik der AfD gegen die Interessen der mittelständischen Familienunternehmen gerichtet ist“.

Anfang Oktober 2025 hat der Verband beim Parlamentarischen Abend erstmals AfD-Vertreter eingeladen und sieht die bisherige „Brandmauer“ zur AfD in der Wirtschaft als gescheitert an.[32] Hauptgeschäftsführer von der Hagen erklärte hierzu: „Diese Brandmauer zur AfD – auch auf Bundesebene, die von den meisten Verbänden bislang aufrechterhalten wurde – hat nichts gebracht.“[33] Nach Auffassung der Verbandspräsidentin Marie-Christine Ostermann ist die „Dämonisierung der AfD“ gescheitert.[34]Sie saß bereits 2012 als Vorsitzende von "Die jungen Unternehmer" mit Beatrix von Storch, seit 2013 Mitglied der AfD, und Jürgen Elsässer, Chefredakteur des rechten Magazins Compact. auf einem Panel zur Kritik am Euro.[35]

Die Deutsche Bank hat daraufhin angekündigt, ihre Hauptstadtrepräsentanz nicht mehr als Tagungsstätte für den Parlamentarischen Abend zur Verfügung zu stellen.[36]Die Unternehmen Rossmann, Vorwerk und fritz-kola verlassen den Verband wegen dessen Haltung zur AfD. [37] Die Drogeriekette dm erklärt, man habe sich schon vor Monaten zurückgezogen und sei deshalb nicht mehr Teil der internen Meinungsbildung.[38] Das Präsidiumsmitglied Caroline von Kretschmann widerspricht Ostermann: „Die Idee, man könne die AfD ‚entzaubern‘, indem man mit ihren Spitzen verhandelt oder sie gar regieren ließe, ist brandgefährlich und funktioniert nicht“.[39]
Nach scharfer Kritik und dem Austritt von Mitgliedsunternehmen hat der Verband seine Haltung zur AfD korrigiert. "Wir müssen andere Wege der Auseinandersetzung finden, wie wir der AfD kritisch begegnen und gleichzeitig deutlich machen können, wofür wir stehen." ‚sagt Marie-Christine Ostermann. Auch durch Äußerungen der Partei sei der falsche Eindruck entstanden, dass man die Partei stärken wolle.[40]

Lobbyausgaben und]Lobbyisten

- Lobbyregister des Bundestages

Für das Geschäftsjahr 2023 wurden Aufwendungen von 1.760.001 - 1.770.000 € ausgewiesen und 11 Lobbyisten beschäftigt.

- Tranzparensregister der EU

Für das Geschäftsjahr 2022 wurden Aufwendungen von 100.000 -199.999 € ausgewiesen und 2 Lobbyisten (2,0 Vollzeitäquivalent) beschäftigt.

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Hauptgeschäftsführer	Albrecht von der Hagen
Geschäftsführerin	Daniel Mitrenga, Leitung Europapolitik
Geschäftsführer	Peer-Robin Paulus, Leiter Abteilung Politik Bund + Bundesländer, Mitglied der Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft[41], FDP-Kandidat für die Kommunalwahl 2024 in Potsdam im Wahlkreis 3[42]

Präsidium

(Auswahl)

- Marie-Christine Ostermann (Präsidentin), Geschäftsführende Gesellschafterin der Rulko Großeinkauf GmbH & Co. KG, ehem. Bundesvorsitzende DIE JUNGEN Unternehmer[43], Mitglied des Aufsichtsrats der Fielmann AG, Mitglied des Kuratoriums des Bundesverbands Deutscher STARTUP TEENS, Mitglied des Family Business Network FBN, Responsible Leader der BMW Stiftung Herbert Quandt, Mitglied des Beirats der REPUBLIK21 e.V., ehem. Mitglied des Kuratoriums der Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft, Referentin beim Hayek-Club Münsterland[44], 2014 - 2015 Landesschatzmeisterin der FDP NRW. 2015 initiierte Ostermann das „Netzwerk Liberale Agenda 2025“, aus dem später das Wirtschaftsforum der FDP geworden ist.[45]
- Reinhold von Eben-Worléee, Geschäftsführender Gesellschafter der E.H. Worlée & Co. (GmbH & Co.) KG, Mitglied des Präsidiums des Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI)
- Patrick Adenauer (Vizepräsident), Mitglied der CDU, Geschäftsführender Gesellschafter der Bauwens GmbH & Co. KG, Präsident des Family Business Network Deutschland, Mitglied des Aufsichtsrats der DuMont Mediengruppe, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung
- Albrecht von der Hagen, Hauptgeschäftsführer
- Alfred Oetker, Geschäftsführender Gesellschafter der Geschwister Oetker Beteiligungen KG

Kommission Ordnungspolitik und Ordnungspolitischer Preis

Die Ordnungspolitische Kommission unterstützt den Bundesvorstand und das Präsidium bei allen wirtschaftspolitischen Fragestellungen von grundlegender Bedeutung für den Standort Deutschland. Zu ihren Mitgliedern gehören:

- Michael Moritz (Vorsitzender), CEO von CARLSQUARE, Mitglied des Stiftungsrats der Deutschen Stiftung Eigentum

- Gerd Habermann, Geschäftsführender Vorstand der Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied der Mont Pelerin Society[46][47], Mitglied des Wissenschaftlichem Beirats des Ludwig von Mises Institute - Europe, Referent bei der Ludwig von Mises Konferenz 2022

Die Familienunternehmer verleihen jährlich den mit 10.000 Euro dotierten „Ordnungspolitischen Preis“ für eine herausragende Veröffentlichung.[48] Bei den Einreichungen werden Beiträge berücksichtigt, die eine politische Maßnahme aus jüngerer Vergangenheit hinsichtlich ihrer ordnungspolitischen Auswirkungen beschreiben und analysieren. Die Mitglieder der Jury sind:

- Marie-Christine Ostermann, Präsidentin der Familienunternehmer
- Michael Moritz, Vorsitzender der Ordnungspolitischen Kommission
- Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU
- Paul-Bernhard Kallen, Verwaltungsratsvorsitzender der Burda Medienholding
- Hennig Vöpel, Vorstand Centrum für Europäische Politik, Mitglied des Netzwerks NOUS, einem Partner des Atlas Network

Die drei Preisträger:innen 2024 sind in der Ludwig-Erhard-Stiftung aktiv. Es handelt sich um:

- Veronika Grimm, Professorin an der Technischen Universität Nürnberg, Mitglied des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie einer Vielzahl von Gremien der Wirtschaft, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung
- Stefan Kolev, wissenschaftlicher Leiter des "Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft" der Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied des Netzwerks NOUS, einem Partner des Atlas Network
- Jens Weidmann, Mitglied des Aufsichtsrat der Commerzbank, ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung

Strategischer Beirat

(Auswahl)

Name	Verbindungen
Ulrike Ackermann	• John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung der privaten SRH Hochschule Heidelberg, Leiterin • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied
Marie-Christine Ostermann	• Rulko Großeinkauf GmbH & Co., Geschäftsführende Gesellschafterin • REPUBLIK21 e.V., Mitglied des Beirats • FDP, ehem. Landesschatzmeisterin NRW • Die Jungen Unternehmer - BJU, bis 2012 Bundesvorsitzende • Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft, ehem. Mitglied des Kuratoriums • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied
Frank Schäffler	• Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) • Prometheus, Gründer • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied

- Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, ehem. Mitglied

(Stand: August 2023) Quelle: [49]

Kooperationen

Jenaer Allianz

Die Familienunternehmer - ASU ist einer der Initiatoren der neoliberalen Jenaer Allianz zur Erneuerung der Marktwirtschaft.

European Family Businesses

Die Familienunternehmer - ASU ist Mitglied von European Family Businesses, der europäischen Dachorganisation der Familienunternehmen mit Sitz in Brüssel.

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Der Verein ist Mitglied/Förderer der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Austauschrunde Steuern

Die Familienunternehmer gehören der Austauschrunde Steuern an, einer Diskussionsrunde zu steuerpolitischen Fragen mit 120 Mitgliedern, die beim Verband Familienbetriebe Land und Forst angesiedelt ist.[50] Die Initiative konnte nach eigenen Angaben die Substanzsteuer verhindern.[51]

Zitate

> "Lobbyorganisationen wie der Verband 'Die Familienunternehmer' haben eine brutale Kampagne gegen weitergehende Regeln geführt, indem sie so taten, als drohe durch eine moderate Besteuerung Superreicher der Untergang des Mittelstands. Dass diese freche Lüge so durchschlagend wirkt, haben sie sich wohl selbst nicht träumen lassen." - Ulrich Schulte in der taz zur Reform der Erbschaftssteuer 2016 [52]

Weiterführende Informationen

- Die Lobbymacht der „Familienunternehmer“ 2023
- Die Macht des großen Geldes: Lobbyismus und Großspenden im Wahlkampf, 23. September 2021

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter | Bluesky | Facebook | Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Mitgliedschaft, familienunternehmer.eu, abgerufen am 12.04.2023
2. ↑ Die Familienunternehmer, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 09.04.2023
3. ↑ Die Familienunternehmer, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 09.04.2023
4. ↑ Die Lobbymacht der "Familienunternehmer"abgeordnetenwatch.de vom 04.04.2023, abgerufen am 12.04.2023
5. ↑ Anzahl der Unternehmen in Deutschland nach Unternehmensgrößestatista.com vom 12.08.2022, abgerufen am 12.04.2023
6. ↑ Reiche Firmenerben zahlen fast keine Steuern, sueddeutsche.de vom 18.07.2024, abgerufen am 24.02.2025
7. ↑ Familienunternehmer zur europäischen Einigung über CSRD-Berichtspflichten: Regulierungs-Moratorium – jetzt!familienunternehmer.eu vom 24.06.2022, abgerufen am 08.12.2022
8. ↑ Ministerin Lemke lässt Belastungsmoratorium des Bundeskabinetts scheiternfamilienunternehmer.eu vom 06.10.2022, abgerufen am 08.12.2022
9. ↑ Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
10. ↑ Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
11. ↑ Ökonom zu Lieferkettengesetz: „Das ist eine Frage des Anstands“ taz.de vom 17.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
12. ↑ Bundesregierung stärkt den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, bundesfinanzministerium.de vom 22.02.2017, abgerufen am 07.02.2019
13. ↑ Der Eigentümer bleibt geheim, sueddeutsche.de vom 05.02.2019, abgerufen am 07.02.2019
14. ↑ Brun-Hagen Hennerkes-Über Familienunternehmen und Erbschaftssteuer Der Spiegel abgerufen am 06.03.2015
15. ↑ Verfassungsgericht kippt Erbschaftssteuer, Der Spiegel, abgerufen am 06.03.2015
16. ↑ Christoph Butterwegge: Ein Lehrstück des Lobbyismus, taz online vom 24. September 2015, abgerufen am 25. 09. 2015
17. ↑ Sonderheft Reichtum, Die Macht des Geldes, Managermagazin, Oktober 2019, S. 68 f., 73
18. ↑ Die Macht des großen Geldes: Lobbyismus und Großspenden im Wahlkampf, lobbycontrol.de vom 23.09.2021, abgerufen am 06.10.2021
19. ↑ Die Macht des großen Geldes: Lobbyismus und Großspenden im Wahlkampflobbycontrol.de vom 23.09.2021, abgerufen am 12.04.2023
20. ↑ Die Lobbymacht der Familienunternehmerabgeordnetenwatch.de vom 04.04.2023, abgerufen am 12.04.2023
21. ↑ Die Lobbymacht der Familienunternehmerabgeordnetenwatch.de vom 04.04.2023, abgerufen am 12.04.2023
22. ↑ Die Lobbymacht der Familienunternehmerabgeordnetenwatch.de vom 04.04.2023, abgerufen am 12.04.2023

23. ↑ Pressestatement vom 1. November 2011: Familienunternehmer zur Soli-Debatte: Bundesratsmehrheit will Arbeitnehmer nicht entlasten
24. ↑ Positionen und Aktionen, Webseite familienunternehmer, abgerufen am 11. 10. 205
25. ↑ Marc Beise: Porzellan zerschlagen Der Euro treibt auch einen Keil zwischen die Familienunternehmen, Süddeutsche Zeitung vom 14./15. Juli 2012
26. ↑ Nach Streit Famiienunternehmer reichen BDI die Hand, Handelsblatt vom 13. Juli 2012, Website Handelsblatt, abgerufen am 14. Juli 2012
27. ↑ Umstrittene Kolumne Express checkt Adenauers Klima-Thesen, espress.de vom 10.08.2019
28. ↑ Andreas Kemper: Familienunternehmer versus BDI, Der Freitag online vom 20. März 2013 Webseite Freitag, abgerufen am 11. 5. 2014
29. ↑ Podiumsdiskussion der Zivilen Koalition: ESM - Vertrag - Der Weg in die Schuldenunion, FreieWelt.net vom 1. Januar 2013
30. ↑ Christian Dorn: Forum Freiheit 2013: AfD oder FDP?, eigentümlich frei vom 19. September 2013, Webseite abgerufen am 11. 5. 2014
31. ↑ Familienunternehmen geben der AfD eine Bühne, Stuttgarter Zeitung vom 8. Mai 2014, Webseite Stuttgarter Zeitung, abgerufen am 11. 5. 2014
32. ↑ Familienunternehmer-Chef erklärt „Brandmauer“ für gescheitert – und geht in „Fachaustausch“ mit AfD, welt.de vom 18.11.2025, abgerufen am 19.11.2025
33. ↑ Familienunternehmer-Chef erklärt „Brandmauer“ für gescheitert – und geht in „Fachaustausch“ mit AfD, welt.de vom 18.11.2025, abgerufen am 19.11.2025
34. ↑ Wo verläuft die Brandmauer, sueddeutsche.de vom 25.11.2025, abgerufen am 26.11.2025
35. ↑ Kuscheln mit Rechtsextremenepaper.taz vom 28.11.2025, abgerufen am 28.11.2025
36. ↑ Deutsche Bank wirft Familienunternehmer nach Einladung von AfD-Politikern raus, welt.de vom 24.11.2025, abgerufen am 24.11.2025
37. ↑ afd- unternehmerverbandzdfheute.de vom 27.11.2025, abgerufen am 28.11.2025
38. ↑ dm-schon-vor-vielen-monaten-aus-familienunternehmer-verband-ausgetretenspiegel.de vom 28.11.2025, abgerufen am 28.11.2025
39. ↑ Wie nah ist Marie-Christine Ostermann der AfD, sueddeutsche.de vom 28.11.2025, abgerufen am 29.11.2025
40. ↑ Klare Distanz zur AfD, familienunternehmer.eu, abgerufen am 01.12.2025
41. ↑ Autor, nzz-libro.ch, abgerufen am 10.05.2022
42. ↑ Kommunalwahl in Potsdam, maz-online, abgerufen am 24.01.2025
43. ↑ Profil, linkedin.com, abgerufen am 08.04.2023
44. ↑ Spannende Referenten - lebhafte Diskussionen, hayekclubmuenster vom 31.01.2015, abgerufen am 07.04.2023
45. ↑ Marie-Christine Ostermann schleust Top-Manager zur FDP, manager-masgazin.de vom 30.04.2015, abgerufen am 07.04.2023
46. ↑ Irrwege Staatlicher Markteingriffe Juni 2023, familienunternehmer.eu, abgerufen am 22.01.2025
47. ↑ Vorstand, hayek.de, abgerufen am 23.01.2025
48. ↑ Wofür der ordnungspolitische Preis steht, familienunternehmer.de, abgerufen am 07.12.2024
49. ↑ Mitglieder Strategischer Beirat, familienunternehmer.de, abgerufen am 13.08.2023
50. ↑ Die Familienunternehmer, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.05.2022
51. ↑ Steuern, familienbetriebeluf-bayern.de, abgerufen am 09.05.2022
52. ↑ Kommentar Grüne und Erbschaftsteuer: Eine gefährliche Blamage, die taz, 14.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017